

Dieses Heft enthält... Preis vierteljährlich durch den Postbezogen 1,20 M. Eingetragen in die Postfachliste Nr. 6492.

Der Proletarier

Abzugsbetrag: 80 Pf. für die 8 Spalten... Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postfachkonto: Nr. 858 15 Postfachamt Hannover.

Verlag von A. Brey... Druck von C. A. S. Meißner & Co. beide in Hannover. Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover. Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistr. 7, 2. St. - Fernsprech-Anschluß Nord 3002.

Die 'Volkshochschule' der Unternehmer.

II.

Heute wollen wir uns mit dem Vortragsstoff aus der 'Hochschule' selbst beschäftigen. Da ist es interessant zu beobachten, mit welcher Vorliebe der Unternehmersyndikus Dr. Engel sich ausdrückt, um nicht die Milch der frommen Denkungsart seiner Schüler in gärenden Drachengüß zu verwandeln...

In späteren Jahrhunderten verschlechterte sich die Lage der freien germanischen Bauern... Die Heeresdienstpflichten wurden drückend. Viele Bauern zogen es deshalb vor sich dem Schutze eines Mächtigen anzuvertrauen...

Warum wird denn nicht frei heraus gesagt, daß die damaligen angehenden Junker, die ehemaligen Führer und Unterführer in den Raubkriegen, die Grafen, Gaugrafen, Raugrafen und wie sie sonst hießen, sich das ganze Jahr herumhaigeln mangels einer besseren Beschäftigung und die Bauern die Kriegslasten zu tragen hatten bis zur völligen Verarmung?

So oft und so lange schätzten ihn (den Bauern) diese (die Großen) in den Krieg, bis er sein Vermögen aufgebraucht, seine Wirtschaft verfallen sah und nun müde genug war, dem Drucke nachzugeben...

Fortgesetzt haben diese 'Großen' Handel gesucht und so die Bauern planmäßig dazu getrieben, sich in das 'Schußverhältnis' (Hörigkeit) zu begeben. Das Eigentum des seither freien Bauern fiel jetzt dem großen Kaufhold zu. Der Bauer hat seine Bestimmung vom Kriegsdienst erreicht (zu dem nur der Freie herangezogen werden durfte), aber er war damit auch unfrei und beschlos geworden...

Unter Stadtwirtschaft sagt Dr. Engel: An Stelle der Natural- tritt mehr und mehr die Geldwirtschaft. Die Naturalabgaben und persönlichen Dienste der Bauern werden in Geldwerte verwandelt.

Dr. Engel hätte ganz ungeniert ergänzend sagen können, daß mit der Umwandlung der Natural- in Geldabgaben die Drangsal der Bauern eine schlimmere wurde, denn Geld ließ sich unbeschränkt aufhäufen, Naturalien aber nicht.

Die Gestaltung des Wirtschaftslebens ist gebunden an bestimmte politische Voraussetzungen.

Dieser Satz ist nicht für alle Fälle richtig. Zu einer gegebenen Zeit kann er für ein bestimmtes Volk richtig sein, muß es aber nicht. Drehen wir den Satz um, dann stimmt er auch. Wenn wir sagen: Die Gestaltung der Politik ist an bestimmte Voraussetzungen des Wirtschaftslebens gebunden, so ist damit gesagt, daß die Wirtschaft das Primäre ist, daß sich aus der Wirtschaft die Art der Politik ergibt oder ergeben muß.

Einen besonderen Schlager schlägt Dr. Engel sich zu leisten, wenn er seinen unglücklichen Hörern folgende Notiz aus dem 'Vorwärts', Nr. 494 vom 19. Oktober 1924 vorliest:

Deutschland hat vor dem Kriege 1 200 000 ausländische Arbeiter beschäftigt, während seine Auswanderung unwesentlich war. Das kam daher, weil vor dem Kriege die Arbeitszeit in Deutschland die kürzeste auf dem europäischen Festlande war, seine Löhne mit zu den höchsten gehörten, seine Arbeiterbeschäftigung die beste in der Welt war.

Mit der Feststellung, daß 1 200 000 ausländische Arbeiter beschäftigt waren, kann doch nichts zugunsten der betreffenden Unternehmer bewiesen werden, sondern lediglich die Tatsache, daß in den in Frage kommenden Berufszweigen Entlohnung und Behandlung so miserabel waren, daß deutsche Arbeitskräfte schwer zu bekommen waren. Es handelte sich da vorwiegend um Arbeitskräfte in der Landwirtschaft und in den Ziegeleien. Und gerade in diesen Berufszweigen war die Arbeitszeit nicht die kürzeste, der Lohn nicht der höchste. Und wenn in den übrigen Berufszweigen Lohn- und Arbeitszeit erhöht und die Sozialgesetzgebung mit die beste der Welt war, so kann die freie Gewerkschaftsbewegung und die Sozialdemokratische Partei sich das als Verdienst antreiben. Und wenn damals trotz hoher Löhne, kurzer Arbeitszeit — was in dieser Allgemeinheit auch nicht zutrifft — und wenn die Arbeiterbeschäftigung gut war, wenn auch noch lange nicht in der Ausföhrung, und wenn damals Deutschland trotz alledem mit seiner Industrie in der Welt voran war, weshalb dann heute fortgesetzt der Schrei nach Lohnabbau, nach Arbeitszeitverlängerung, nach Abbau der Sozialpolitik?

Sie sehen, Herr Dr. Engel, alle Dinge haben zwei Seiten. Sie haben ihren Schülern die eine gezeigt, wir zeigen die andere.

Recht interessant für uns sind die Ausführungen Dr. Engels über die Entstehung und Entwicklung der Industrie und das Werden der Industriearbeiterschaft. Er sagt hierzu:

Unter einseitiger Betrachtung der Wirkungen dieser Entwicklung gelangte man zum Sozialismus, Klassenkampf und Internationalismus. In Anbetracht der gemeinsamen Interessen, die die Glieder der Unternehmung wie des ganzen Volkes miteinander verbinden, ist der Weg des friedlichen Ausgleichs, der die berechtigten Interessen aller Beteiligten im Geiste der Volksgemeinschaft berücksichtigt, der natürlich gegebene und gebotene. (Soziale Reform, Sozialpolitik).

Das heißt zu gut deutsch, die Betrachtungen Dr. Engels führen — nein Dr. Engel führt willkürlich, nicht logisch, zum Werkverein. Das ist die Voraussetzung nicht seiner Wissenschaft, sondern seiner Aufgabe.

Nein, Herr Doktor. Unter einseitiger Betrachtung kommt man nicht zum Sozialismus usw., sondern unter Anwendung einer gesunden, unabhängigen Denkmethode und auf Grund geschichtlicher Kenntnisse und der aus ihnen gewonnenen Einsicht in die Entwicklungsgesetze kommt man nach allseitiger Betrachtung der heutigen Vorgänge auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete zu der Erkenntnis, daß nunmehr die Entwicklung zur Gemeinwirtschaft laufen muß. Hierbei wollen wir helfend eingreifen. Eine Frage: Sie sagen, man kommt nach dieser einseitigen Betrachtung zum Internationalismus. Was ist denn heute nicht international gebunden? Wirtschaft, Handel, Politik, alles ist international einem natürlichen zwangsläufigen Gesetz der Entwicklung entsprechend. Wenn Ihre Schüler alle die hier kritischen Deduktionen ruhig und schweigend hingenommen haben, dann hatten sie wirklich lauter Ab-Schützen, und darüber können Sie sich freuen. Und die gemeinsamen Interessen der Unternehmer und Arbeiter? Da müßten die Unternehmer, die Scharmacher und ihre Syndizl, die Truſtherrn erst den Beweis und den Willen zum gemeinsamen Interesse erbringen. Dr. Engel sagt, was sein sollte, nicht das, was ist. Im Chemiarbeiterstreik des vergangenen Herbstes z. B. hatte die Arbeiterschaft das größte Interesse an der Weiterproduktion, die Unternehmer jedoch nicht; sie sperrten aus, weil die Interessen der beiden streikenden Parteien bezüglich des Anteils am Arbeitsertrag auseinandergingen, nämlich den Truſtaktionären alles, den Arbeitern nichts. Im Zeitalter der kapitalistischen Produktionsweise kann es in materiellen Dingen keinen dauernden Frieden geben, immer nur einen Waffenstillstand. Die wirkliche Volksgemeinschaft kann erst kommen, wenn der Kapitalismus seine Periode durchlaufen hat.

Mit einer Selbstverständlichkeit, die Staunen erregt, erklärt Dr. Engel, 'Die Freihandelspolitik ist undurchführbar.' So kann und darf man Schüler nicht unterrichten. Die Frage kann doch nur so gestellt werden, ob in einer bestimmten Zeitperiode der Freihandel auf einer bestimmten Entwicklungsstufe von Landwirtschaft oder Industrie empfehlenswert ist bzw. ob seine Vorteile oder Nachteile überwiegen.

Daher ist eine vernünftige Schutzpolitik unbedingt geboten, sagt Dr. Engel. Unbeding? Aber was ist denn eine vernünftige Schutzpolitik? Wer entscheidet denn darüber? Heute die positiven Interessenten, Industrie und Landwirtschaft.

In der glorreichen Zeit der deutschen Kleinstaaterei war an den Grenzen jedes Vaterländchens der Zoll- oder Mantbaum angebracht. Es wurden mitunter wohl hohe Zölle erhoben, wenn auch nicht jeder Landesvater ein 'Hohenzoller' war. Dieses Zollwesen hinderte Handel und Verkehr und hemmte die wirtschaftliche Entwicklung. Die Zölle waren eine Ursache mit für die Unzufriedenheit, den Groll und die Erbitterung, die schließlich zur Explosion, d. h. zur Revolution 1848 führten. Psychologische Kräfte der Revolution waren die Träger der neuen Wirtschaftsordnung, die 'Bürgerlichen', die Vertreter von Handel, Gewerbe und Industrie, also jene Gesellschaftsschicht, die heute Dr. Engel trifft. Die Zeit wird kommen — schneller als mancher glaubt — in der das heutige Zollsystem in den europäischen Staaten und darüber hinaus genau so unhaltbar werden wird wie ehemals in der deutschen Kleinstaaterei. Allerdings die Träger dieser weitgreifenden Idee werden dieses Mal die Arbeitnehmer, die neue Gesellschaftsschicht, sein, denn die Nachkommen der im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts gegen die Zoll- und Mantbäume revoltierenden Gesellschaftsschicht haben ein großes Interesse an den bestehenden Zöllen. Sie erwarten erhöhte Gewinne als Folge der Schutzzölle.

Die Fürstenabfindungen.

Die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei, der Kommunistischen Partei und des Ausschusses für den Volksentscheid haben am 23. Januar, abends, unter dem Vorſitz eines Vertreters des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes beschlossen, dem zum Volksbegehren einzureichenden Antrag zur entschädigungslosen Enteignung der Fürſten folgende Fassung zu geben:

Gesetz zur Enteignung der Fürſtenvermögen. Auf Grund Art. 153 der Reichsverfassung wird bestimmt:

Art. 1. Das Gesamtvermögen der Fürſten, die bis zur Staatsumwälzung im Jahre 1918 in einem der deutschen Länder regiert haben, sowie das gesamte Vermögen der Fürſtenhäuser, ihrer Familien und Familienangehörigen werden zum Wohle der

Allgemeinheit ohne Entschädigung enteignet. Das enteignete Vermögen wird Eigentum des Landes, in dem das betreffende Fürſtenhaus bis zu seiner Abſetzung oder Abdankung regiert hat.

- Art. 2. Das enteignete Vermögen wird verwendet zugunsten a) der Erwerbslosen, b) der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, c) der Sozial- und Kleintrentner, d) der bedürftigen Opfer der Inflation, e) der Landarbeiter, Kleinpächter und Kleinbauern durch Schaffung von Siedlungsland auf dem enteigneten Landbesitz. Die Schöſſer, Wohnhäuser und sonstigen Gebäude werden für allgemeine Wohlfahrt, Kultur- und Erziehungs-zwecke, insbesondere zur Errichtung von Gefängnis- und Versorgungsheimen für Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene, Sozial- und Kleintrentner sowie von Kinderheimen und Erziehungsanstalten verwendet.

Art. 3. Alle Verfügungen einschließlich Hypothekenbelastungen und -eintragungen, die mit bezug auf die nach diesem Gesetz enteigneten Vermögen und ihre Bestandteile nach dem 1. November 1918 durch Urteil, Vergleich, Vertrag oder auf sonstige Weise getroffen wurden, sind nichtig.

Art. 4. Die Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz werden durch ein Reichsgesetz festgelegt, das innerhalb dreier Monate nach amtlicher Festlegung des Abstimmungsergebnisses zu erlassen ist. Dieses Reichsgesetz hat allgemein die näheren Bestimmungen zur Ausführung des Art. 2 dieses Gesetzes über die Verwendung der enteigneten Fürſtenvermögen durch die Länder zu treffen.

Der Antrag, mit der Unterschrift von je einem Vertreter der Sozialdemokratischen Partei, der Kommunistischen Partei und des Ausschusses für den Volksentscheid versehen, ist am 25. Januar im Reichsministerium des Innern eingereicht worden. Die beteiligten Organisationen werden die Agitation für den Volksentscheid für sich selbständig führen.

Der überſetzte Verwaltungsapparat.

Wiederholt hat auch der 'Proletarier' auf die verhältnismäßig hohe Zahl der in der Industrie tätigen — oder auch nicht tätigen — Direktoren, Aufsichtsräte usw. hingewiesen. Nicht interessante Ausführungen zu diesem Thema macht Dr. Felix Pinner im 'Berliner Tageblatt', Nr. 39 vom 23. Januar 1926. Er schreibt:

Während die wirtschaftlichen Kreise, die bei uns das Wort führen, auf allen übrigen Gebieten immer wieder mit der Forderung des Abbaues hervortreten, während sie namentlich der Arbeiterschaft und der öffentlichen Staatswirtschaft gegenüber nicht müde werden, auf eine Verringerung unproduktiver Laffen hinzudrängen, haben sie sich und uns gegenüber noch niemals die Frage mit dem erforderlichen Ernst aufgeworfen: Was kostet der Volkswirtschaft dieser überſetzte Apparat und was schadet er? Was wir bisher in der Wirtschaft (manchmal bis zum Grade der Brutalität getrieben) gesehen und erlebt haben, das war doch im wesentlichen der 'Abbau von unten'. Der Abbau von oben, der nicht minder notwendig ist, hat bisher nur recht kärgliche Fortschritte gemacht. Der Kurswert der deutschen Aktiengesellschaften ist auf ein Drittel oder ein Viertel des Vorkriegswertes gesunken. Die Zahl der Aufsichtsratsmitglieder hat sich im Zusammenhang damit nicht nur nicht in dem gleichen Grade verringert, sondern sie ist ganz enorm gestiegen. Das Handbuch der Direktoren und Aufsichtsräte verzeichnet die von ihm aufgeführten Persönlichkeiten in seinem letzten Jahrgang auf mehr als 3000 Seiten gegen etwa 1300 Seiten im Jahre 1913. Während nur ein geringer Teil der Gesellschaften in der Lage war, seinen Aktionären für die Jahre 1924 und 1925 Dividenden auszuschütten, haben sich die Aufsichtsratskollegien auch für den Fall der Dividendenlosigkeit durch Festsetzung von Mindestankümmen 'angemessene' Vergütungen zu sichern verstanden. Die Zahl der Direktoren bei unseren großen Banken und Industriegesellschaften, die in ihren unteren Schichten sehr radikal vom Abbau ergriffen wurden, ist nur ganz geringfügig vermindert worden. Wenn man boshaft sein wollte, könnte man den einzigen Grund für die Tatsache, daß bei verringerten Umsätzen und Geschäftslieferungen oft ein erhöhter Verwaltungsstab aufrecht erhalten wird, darin finden, daß diese überschüssigen Kräfte gebraucht werden, um den Abbau in den unteren Regionen der Arbeiter- und Angestellten-schaft zu 'organisieren'. Bei den großen Fusions- und Konzentrationsplänen der letzten Zeit bestanden die Hauptschwierigkeiten zugegebenermaßen darin, daß die Regelung der Personalverhältnisse in den Direktionen der zusammenzufassenden Betriebe immer wieder auf schwer überwindliche Hindernisse stieß. Sachlich wäre es durchaus möglich gewesen, mit einem kleinen Teil der Direktoren auszukommen, und in der auf diese Weise erzielbaren Ersparnissen und Vereinfachungen wären erhebliche Vorteile solcher Fusionen zu erblicken gewesen. Aber natürlich wollte niemand von den großen Herren weichen. So übernahm man denn wieder einen viel zu großen Verwaltungsapparat in die konzentrierten Betriebe, oder man half sich damit, daß man den in keiner Weise unterbringbaren Persönlichkeiten Sitze im Aufsichtsrat einräumte oder hohe Pensionen oder beides zusammen zubilligte. Ähnlich liegen die Verhältnisse nicht nur bei

des Mittelfeldes, sondern auch bei vielen Privatfirmen. Überall stehen zuviel leitende Persönlichkeiten an der Spitze der Unternehmungen, beanspruchen Beteiligung an den Gewinnen, und dadurch werden die Betriebe veranlagt, mit zu hohen Gewinnquoten, jedenfalls weit höheren als vor dem Kriege, zu kalkulieren.

Ein greift dabei ins andere. Damit die hohen Gewinnquoten aufrecht erhalten werden können, sind Kartelle und Interessenverbände notwendig, und die beanspruchen — ganz abgesehen von den Hemmungen, die sie einer rationellen Wirtschaftsführung und Preisbildung oft entgegenstellen — natürlich gleichfalls einen sehr erheblichen Kostenaufwand. Auch die Verbände und ihre Kassen unterliegen ebenso wie die Verwaltungen der einzelnen Unternehmungen dem „Selbsterhaltungstrieb des Apparates“.

Und gerade auf diesem Gebiete wird die Nichtigkeit dessen, was oben über die Sterilität der Organisation und den Mangel an Führergeist gesagt wurde, ganz besonders augenfällig. Tausende von Interessentenverbänden und Syndikaten veröffentlichen jährlich mehrere hunderttausende von Denkschriften und Jahresberichten. Findet man darin einmal einen wirklichen originellen Gedanken, ein selbständiges Urteil, eine klare Anschauung von den Problemen unserer Wirtschaft, so ist das eine große Seltenheit, die wie z. B. bei einigen jüngst herausgegebenen Denkschriften und Reden von Funkhanssen des Verbandes deutscher Maschinenbauanstalten geradezu Aufsehen erregt.

Buchdrucker- und Steinbruckergerber, es würden Warnungen vor dem Mechaniker- und Uhrmacherberuf, so daß man sich die Frage vorlegen muß, ob es überhaupt noch lohnt, seinen Jungen einem Beruf zuzuführen.

Als seltene Ausnahme fällt uns da ein Aufsatz in der „Farben-Zeitung“ vom 23. Januar an, worin gesagt ist, daß der Nachwuchs für Farbenmüller sehr spärlich ist und daß die Interessenten die Elternvereinigungen und Schulbehörden auf diesen Erwerbszweig aufmerksam machen sollten. Der Nachwuchs an Farbenmüllern ist knapp, trotzdem die Erdfarbenaufbereitung noch immer ihre guten Chancen hat.

Die Farbenmüller unterstehen den Lohnstarifen für die chemische Industrie. Die Löhne in dieser Industrie sind in den Jahren nach der Inflation detariert zurückgeblieben, daß ohne zwingende Not niemand in der chemischen Industrie Arbeit sucht. Die Farbenmüller gehen aber in den allermeisten Fällen mit dem nackten Tariflohn nach Hause, der vielleicht in einer Reihe von Fällen durch Staub- und Schmutzlagen um einige Pfennige erhöht wird.

Das Farbwerk Mühlheim vorm. A. Leonhardt u. Co. N.-O. in Mühlheim am Main, dessen Aktien sich größtenteils im Besitz der Leopold Cassella G. m. b. H. in Frankfurt am Main befinden, wird den Betrieb ganz einstellen. Der größte Teil der Arbeiter und Angestellten wird von den Cassella-Werken übernommen werden.

Stillelegung eines Farbwerkes im Anilindruck. Das Farbwerk Mühlheim vorm. A. Leonhardt u. Co. N.-O. in Mühlheim am Main, dessen Aktien sich größtenteils im Besitz der Leopold Cassella G. m. b. H. in Frankfurt am Main befinden, wird den Betrieb ganz einstellen.

Die gebräuchlichsten Herstellungsmethoden sind recht primitiv. Das alte Papier ist erst nach der Qualität sortiert, und dann wird es in einer Holzbohle im Wasser aufgeweicht, gekollert, gemahlen und zu Stoff verarbeitet. Wenn dieser Stoff fertig ist, geht er über ein Sieb, wo er von Fremdkörpern befreit wird. Der so gereinigte Stoff wird unter eine schwere Holzplatte getan, und unter dem Druck einweicht eine gewisse Menge Wasser aus dem Stoff.

Recht interessante Ausführungen bringt der Auszug auch über Löhne und Arbeitszeit sowie über die tägliche Produktionsmenge pro Arbeiter. Hierzu heißt es in dem Bericht wörtlich: „Die Löhne der Papierarbeiter schwanken zwischen 30 und 50 Kupferstücken = 60 bis 100 Pf., ohne Wohnung und Beköstigung und zwischen 10 und 20 Kupferstücken = 20 bis 40 Pf. mit Wohnung und Beköstigung.“

Ein Vergleich mit den Löhnen der chinesischen und deutschen Papierarbeiter ist außerordentlich schwer zu ziehen, weil dazu die nötigen Unterlagen bezüglich der Lebenshaltungskosten und der Lebenshaltungsmethode fehlen. Immerhin kann gesagt werden, daß die Lebenshaltungskosten der chinesischen Papierarbeiter außerordentlich niedrig anzusetzen sind; daß geht aus den angegebenen Lohnzahlen deutlich hervor.

In der Frage der Arbeitszeit dürfte ein Teil der deutschen Papiererzeugungs-Industriellen, allerdings mit Zustimmung des deutschen Reichsarbeitsministeriums und anderer staatlicher Schlichtungsinstanzen, die Arbeitszeit der chinesischen Papiermacher-Kull noch übertriften haben.

Im Jahre 1799 erfand bekanntlich der Papiermacher Robert in Essonnes die erste Papiermaschine. Von da an datiert der Zeitpunkt der modernen Papierfabrikation. Die chinesische Papiermacherei ist technisch auf dem Zeitalter vor 1799 stehengeblieben. Auch heute noch ist die moderne Papiermaschinenproduktion in China unbekannt.

Ans der Industrie

Chemische Industrie

Was soll unser Junge werden? In jedem Frühjahr kann man in der Fachpresse Betrachtungen anstellen über Berufe, die man nicht ergreifen soll. Da ist der Kaufmannsstand genau so überfüllt, wie das

Papier-Industrie

Chinesische Papiermacher-Kull.

(Das Ideal der deutschen Unternehmer.)

Ob der Herr die Gemächlichkeit zu schätzen weiß, ist dem Kenner hinreichend bekannt. Da Zuckerrot und Pellische von je her ein beliebtes Antriebsmittel war, mußte es ja sonderbar klingen, wenn die Harzer Arbeitergeber hieron eine Ausnahme gemacht hätten. Jedes familiäre Ereignis mußte herhalten, um mal wieder eine besondere Festlichkeit zu veranstalten.

Aus dem Werden der Harzer Kalk- und Zement-Industrie.

Als unvollständiger Rede der Staatsanwaltschaften Harzwerke liegt das Rätsel der Kalksteinwerke. Der Besitzer des ersten Werkes, Paul Jessing, Standenburg, verstarb nach der Verpachtung seines Werkes an die Mitteldeutschen Erzkohlewerte noch genügend reichlich, um ein zweites Werk zu bauen. Hier werden bei einer Beschäftigungszahl von 8-10 Arbeitern nur Kohlestein gewonnen.

... nur eine Stunde Pause annehmen wollte, so daß sich eine tägliche Arbeitszeit von 14 Stunden und eine wöchentliche von 84 Stunden ergibt, so wäre auch in diesem Falle die wöchentliche Arbeitszeit nicht länger als die eines in der deutschen Zellstoff-Industrie im Zwei-Schichten-System beschäftigten Arbeiters, wobei der chinesische Papiermacher-Kuli gegenüber seinen Arbeitskollegen in der deutschen Zellstoff-Industrie immer noch den Vorteil des arbeitsfreien Sonn- und Feiertages genießt.

Angenommen, daß dem chinesischen Kuli täglich zwei Stunden Pausen gewährt werden und er somit eine wöchentliche 78stündige Arbeitszeit hat, so dürfte im Durchschnitt dessen Arbeitszeit immer noch nicht länger sein als die eines deutschen Papiermaschinenführers oder Gehilfen im Zwei-Schichten-System. Rechnet man zu der täglich 12stündigen Arbeitszeit der deutschen Maschinenführer und Gehilfen, die pro Woche 72 Arbeitsstunden ergibt, noch die sonn- und feiertäglichen Reparaturarbeiten hinzu, die oftmals bis in die späten Nachmittagsstunden hinein währen, so kommt auch diese Arbeitszeit der der chinesischen Papiermacher-Kuli gleich oder doch mindestens sehr nahe. Im Zwei-Schichten-System der Zellstoff-Industrie würde in diesem Falle die wöchentliche Arbeitszeit sogar noch um 6 Stunden überschritten. Dazu kommt, daß der im Zwei-Schichten-System beschäftigte deutsche Papiererzeugungsarbeiter weder eine regelrechte Sonntagsruhe, noch eine regelrechte Nachtruhe kennt, während dies Vorteile insofern der handwerksmäßigen Produktionsweise dem chinesischen Papiermacher-Kuli sichergestellt sind.

Bei der Beurteilung der Arbeitszeit muß weiterhin beachtet werden, daß die Tätigkeit im Handwerksbetrieb der chinesischen Papiermacherlei als behaglich, die der deutschen modernen Maschinen-Papier-Industrie aber als nervengerrütend bezeichnet werden muß. Diese Tatsache geht zweifellos aus einem Vergleich der Produktionsziffern hervor. Während nach dem Bericht die tägliche Mindestproduktion in der chinesischen Papiermacherlei bei minderwertigem Papier (Vackpapier) 800 Blatt beträgt, fertigt die Papier- und Zellstoff-Fabrik Feldmühle auf ihrer modernen Zeitungsmaschine innerhalb 24 Stunden 10 Eisenbahnwaggons Zeitungsdrukpapier an, eine tägliche Produktionsmenge, die wahrscheinlich in sämtlichen chinesischen Papiermacherbetrieben zusammen als ganze Jahresproduktion nicht erreicht wird. Der vorstehende Vergleich eignet sich besonders deshalb, weil die Papierfabrik Feldmühle auch an der rasend schnelllaufenden Papiermaschine von dem Maschinenpersonal die Einhaltung des Zwei-Schicht-Systems verlangt. Unter Berücksichtigung dieser Tatsache, die nicht nur für die Feldmühle zutrifft, kann man wohl behaupten, daß die Ausbeutung der chinesischen Papiermacher-Kuli noch weit hinter der der deutschen Papierarbeiter zurückbleibt.

Nur in einem Punkt scheinen die chinesischen Unternehmer von ihren deutschen kapitalistischen Freunden gelernt zu haben, und zwar in der Frage der Prämienvergütung. Der Unterschied besteht wahrcheinlich nur darin, daß das Prämienystem der deutschen Papiererzeugungs-Industriellen raffinierter ausgebaut ist als das der chinesischen Unternehmer.

Die Forderung der deutschen Papiererzeugungs-Industriellen auf generelle Einführung des Zwei-Schichten-Systems aber trifft deshalb die chinesischen Ausbeutungsmethoden noch ganz gewaltig. Viele Tatsache der deutschen Papierarbeiter-schaft nicht zu verheimlichen, halten wir für unsere Pflicht. Darans ergibt sich wiederum für die Arbeitnehmer der deutschen Papier-Industrie die Verpflichtung, gemeinsam mit Hilfe ihrer Berufsorganisation, dem Verbands der Fabrikarbeiter Deutschlands, diesen Ausbeutungsmethoden und Ausbeutungsmethoden der deutschen Unternehmer den schärfsten organisierten Widerstand entgegenzusetzen. G. Stähler.

Die Wirtschaftslage im besten Gebiet.

In seinem in Nr. 2 der „Papierzeitung“ veröffentlichten Wochenbericht schildert „Papierwoche“ die wirtschaftliche Lage in der Papier-Industrie folgendermaßen:

Der Dezember brachte weitere Zustimmung in allen Zweigen des Fachs. Jedwede Verlebung durch das Weihnachtsgeschäft blieb aus. Die Not der erwerbslosen Arbeitnehmer steigt, und den Arbeitgebern war es oft nicht möglich, Löhne und Gehälter zur bestimmten Zeit bereitzustellen. Entlassungen, Verkürzung der Arbeitszeit und Schließung mancher Betriebe konnten somit nicht

demselben Eifer für den Verband tätig. Und kommt dann mal ein Neuling in den Betrieb, der sich hartnäckig weigert, dem Verbands beizutreten, dann sagt Freund Trute zu ihm: Hört mal-Lau, wenn Du morgen freib Du Bank nicht mitbringst, dann gehst Du wegder ebbera Barg. Ich leide par das keine Unorganisierten.“ Dann zieht diese Mahnung mehr als jede andere, und er gewinn auf diese Art so manches Verbandsmitglied.

In diesem Werke haben die Arbeiter früh genug den Wert des Zusammenhanges kennengelernt, und manch beachtenswerter Erfolg war diesen Kollegen beschieden. Doch auch hier der Humor zur Geltung kam, dann man daran feststellen, daß sie eines Tages den Streik beschlossen und mit Musik demonstrieren den Streikbruch verlocken haben. Obwohl dieser Streik mit großer Hoffnung begann, löste er sich in Nichts auf. Kollege Großmann, damals Gauleiter, war grauam genug, unseren Freunden zu sagen: Das, was ihr macht, ist ein wilder Streik.“ Trotzdem waren unsere Kollegen mutig, und in aller Eile wurde die Fahne des Verbandes hochgehalten.

Nach 1918 strömten auch hier die Arbeiter zur Organisation. Gemessen an der Beschäftigungszahl, ist immer ein guter Organisationsstand zu verzeichnen gewesen. Trotzdem auch hier, im grünen Harz, zeitweise eine starke radikale Bewegung vorhanden war, blieb erster Grundsatz: Die Gewerkschaft muß erhalten bleiben.“ Auch der im Jahre 1924 unter großen Opfern durchgeführte Streik brachte keine wesentliche Verchiebung, und zur Freude unserer Bewegung kann gesagt werden, daß die, die nach dem Streik abtrünnig geworden sind, heute wieder den Wert der gewerkschaftlichen Organisationen erkannt haben.

Und so mag der Kollege aus der Großstadt, wenn er Heilung und Stärkung im schönen Harz sucht, nur ein klein wenig auch der Streikrunderarbeiter gedenken, die unter großen Gefahren und allen Notlagen ausgesetzt, schwer um ihr Dasein ringen. Neben diesen beruflichen Gefahren steht der Kampf um Erringung höherer Löhne. Auch dieser Arbeiter-schaft steht eine sehr gut organisierte Arbeitergruppe gegenüber, die hartnäckig gegen jede Lohnbewegung ankämpft. Aus dieser Festung des modernen Kapitalismus einen Stein nach dem andern herauszubringen, soll eine der vornehmsten Aufgaben der Harzer Kalk- und Zementarbeiter-schaft sein. Dieses Ziel wird um so schneller erreicht, je geschlossener und einmütiger die Kalk- und Zementarbeiter-schaft, nicht nur im Harz, sondern auch im übrigen Deutschland, steht.

ausbleiben. So ist die Lage in den großen Papiererzeugungs- und -verarbeiterbezirk der Dürerer Gegend.

Die Zukunftsansichten der Dürerer Papier-Industrie beurteilt „Papierwoche“ gleichfalls sehr pessimistisch, wie aus seinen folgenden Ausführungen hervorgeht:

Es wäre freilich für 1926 fühlbare Besserung in unserem Fach vorauszuagen, Besserung ist unmöglich, solange die Senkung der Preise ausbleibt. Sie herbeizuführen, genügen weder Maßnahmen der Regierung noch Beschüsse wirtschaftlicher oder politischer Organisationen. Aus dem Zusammenbruch werden sich Wirkungen und Möglichkeiten herausbilden. Möglichkeiten, die den wirtschaftlichen Wiederaufstieg wahrscheinlich machen.“

Papierausfuhr nach Russland.

Die „Papierzeitung“, Nr. 5, Jahrgang 1926, wies zu melden, daß Sowjet-Rußland seinen Bedarf an Einfaßpapier für das Halbjahr 1925/26 durch in Deutschland gefällige Abschlüsse sichergestellt hat. Die Sicherstellung war nur möglich, da die deutsche Industrie sich bereit erklärte, zu diesem Zwecke Rußland einen Kredit von 7 Millionen Rubel auf vier Monate zu gewähren. Der bisherige Hauptlieferant Rußlands, Finnland, ist durch diesen Vertragsabschluss infolge seiner ungünstigen Zahlungsbedingungen ausgeschlossen.

Industrie der Steine und Erden

Vom Schlachtfeld der Arbeit.

In der Nr. 1 des „Proletarier“ vom 2. Januar 1926 erschien unter „Industrie der Steine und Erden“ eine Notiz mit der Überschrift: „Vom Schlachtfeld der Arbeit“. Nach dieser Notiz ereignete sich in dem Dornburg-Ständiger Portlandzement- und Kalkwerk Ostendorf u. Levin in Steudnitz in Thüringen mehrere Unfälle. Der Arbeitgeberverband der Thüringischen Zementindustrie sendet nun in dieser Sache ein Schreiben, in dem gesagt wird, gegen die Firma seien völlig ungerechtfertigte Vorwürfe erhoben worden. Es wird sowohl eine Berichtigung wie auch eine Ehrenklärung verlangt.

Wir haben behauptet: Der Schlosser Herr Göhner war mit Reparaturen an der Rippvorrichtung der Schwebbahn oberhalb eines Silos beschäftigt. Die obere Siloöffnung war nicht abgedeckt. Die Schwebbahn war im Gang. Bei der Arbeit erhielt der Kollege von einem herankommenden Kasten der Schwebbahn einen Stoß und stürzte kopfüber in den Silo. Schwerverletzt liegt der Kollege noch heute im Krankenhaus zu Jena. Seine volle Arbeitskraft wird er wahrcheinlich nie wieder erhalten.“

Der Vorgang hat sich abgespielt, wie hier geschildert. Die Firma bestreitet, sich ihrer Pflicht der Unfallverhütung nicht bewußt gewesen zu sein. Zur Sache liegt folgende Erklärung bei:

Steudnitz, den 18. Januar 1926.

Erklärung.

Zu dem Unfall Göhner erkläre ich folgendes: Von Sonnabend, den 3. Oktober, bis Montag, den 5. Oktober 1925, nachmittags, ist der Einbau einer automatischen Rippvorrichtung an einer Seilbahn erfolgt, und zwar unter Leitung des Oberingenieurs der Firma Leopold u. Schmichen. Der Betrieb ist versuchsweise im Laufe des Montagnachmittags aufgenommen worden. Am Dienstagmittag waren die Arbeiten beendet, worauf die Leute der Firma Leopold u. Schmichen abreisten. Während wir noch einige Kleinigkeiten erledigten, sah ich, daß noch eine Staufferbüchse auszuwechsell sei. Ich wollte diese Arbeit später vornehmen und unterwachte dies auch Göhner gegenüber. Dieser ging kurz darauf, ohne von mir dazu beauftragt zu sein oder sonst von jemand den Auftrag erhalten zu haben, daran, die Arbeit zu erledigen. Diese ließ sich bei einiger Unachtsamkeit ohne Bewährung ausführen. Göhner hat sich jedenfalls zu weit in die Bahn der Gehänge begeben und einen herannahenden Wagen übersehen, durch den er dann in ein Silo herabgeworfen wurde. Dieses war ohne Abdeckung, da bei den Versuchen in diese Kammer der mit der Seilbahn geförderte Klinker gefügt wurde, während die anderen Silo abgedeckt waren. Ich habe am anderen Tage während der Pause die fragliche Staufferbüchse ausgewechselt, und zwar bin ich ausdrücklich angewiesen worden, die Arbeit in der Pause während des Stillstandes der Seilbahn auszuführen. gez.: Erich Rodegast.“

Wer ist Rodegast? Ist bzw. war er der Vorgesetzte des verunglückten Göhner? Vermutlich, denn er sagt: „ohne von mir beauftragt zu sein“. Hat Rodegast gewußt, daß Göhner die Staufferbüchse auswechselte, während der Betrieb im Gange war? Wenn ja: Warum hat er es es nicht verhindert? Außerdem: Wo ist die Erklärung des verunglückten Göhner selbst? Auf sie kommt es doch in erster Linie an.

In unserem Bericht ist weiter gesagt: Am Tage nach dem Unglücksfall sollte ein anderer Kollege die Reparatur fertigstellen. Als der Kollege sich wenderte, die Arbeit während des Betriebes der Schwebbahn auszuführen, wurde er unter Androhung von Geldstrafe eventl. Entlassung gezwungen, doch noch Leben und Gesundheit zu riskieren.“

Dazu sendet der Arbeitgeberverband gleichfalls folgende Erklärung mit ein:

Steudnitz, den 18. Januar 1926.

Am zweiten Tage nach dem Unfall Göhners wurde ich beauftragt, einige Schmierrohre an der automatischen Rippvorrichtung der Seilbahn II anzubringen. Ich habe mich nicht gewiegert, diese Arbeit auszuführen, und bin auch nicht unter Androhung von Strafe oder Entlassung gegen meinen Willen dazu gezwungen worden. gez.: Ernst Zimmermann.

Die Firma selbst geht etwas weiter als Zimmermann, bestätigt unsere Darstellung zum Teil, sagt aber, es liege ein Mißverständnis vor. Sie schreibt:

Steudnitz, den 19. Januar 1926.

Dornburg-Ständiger Portlandzement- und Kalkwerke Ostendorf u. Levin. Arbeitgeberverband der Thüring. Zementindustrie, Weimar, Selvedere-Allee 153a.

Die Angelegenheit liegt folgendermaßen: Zimmermann war beauftragt, einige Schmierrohre an der Seilbahn auf der Verlade-station, die getrennt vom Werk an der Bahn liegt, anzubringen. Zimmermann, der mit Wasserleitungsarbeiten auf der Station beschäftigt war, hat während der Frühstückspause dafür Maß genommen; die Rohre selbst sollten während der Mittagspause angebracht werden. Es ist dann zum Werk gegangen, um die Rohre vorzurichten. Der Meister, der verschiedene Arbeiten der Handwerker auf dem Neubau der Station zu beaufsichtigen hatte, ist nach einiger Zeit auch nach dem Werk gegangen, wo er verschiedenes zu erledigen hatte. Als er hier Zimmermann, der in der Zwischenzeit außer den Schmierrohren noch andere Arbeiten in Angriff genommen hatte, noch antraf, hat er zu J. gesagt: „Wenn Sie in fünf Minuten nicht drüben sind, werde ich Sie mit 5 Mk. bestrafen.“ J. ist dann zur Station gegangen und hat die Rohre angebracht während des Ganges der Seilbahn, da er der Meinung war, er sollte die Rohre sofort anbringen während der Meister ihn an den anderen Arbeiten, Wasserleitung, auf der Station sehen wollte. J. hat nicht die Ausführung der fraglichen Arbeit verweigert, und die angeordnete Strafe ist nicht wegen der angeblichen Weigerung ausgesprochen. J. gibt an, über die ganze Angelegenheit nicht gesprochen zu haben. Jedenfalls haben Ohrenzeugen die Sache entstell weitergetragen. Hochachtungsvoll gez.: Groppe, Grünewald.

Ob ein Mißverständnis vorliegt oder nicht, kann die Redaktion des „Proletarier“ nicht feststellen. Es hätte daran an, wie Zimmermann unter Eid den vom Meister erhaltenen Auftrag wiedergibt. Wenn aber schon ein Mißverständnis vorliegt, dann

Zimmermann glaubt, der Meister habe ihm den Auftrag erteilt, sofort die Rohre an der Seilbahn anzubringen, und wenn selbst die Firma das bestätigt, dann hat die „Proletarier“-Redaktion mindestens in gutem Glauben gehandelt.

Zum Schluß gestatten wir uns, zu bemerken: Genau so wie der Arbeitgeberverband der Thüringischen Zementindustrie die Interessen der Firma wahr, hat auch der für die Zementindustrie-Arbeiter-schaft organisatorisch zuständige Fabrikarbeiterverband die Interessen dieser Arbeiter-schaft zu wahren, d. h.: der „Proletarier“ hat mit seiner Kritik entsprechend dem § 193 des StGB. in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt.

Die Specksteinlager im Fichtelgebirge.

Das größte Specksteinlager Europas befindet sich im Fichtelgebirge, und zwar bei Göpfersgrün-Wunsiedel. Chemisch betrachtet besteht der Speckstein aus Kieselsäure, Magnesia und Wasser, wozu sich noch eine Beimischung von Eisenoxyd gesellt. Das 6 Kilometer lange und 2 Kilometer breite Specksteinlager von Göpfersgrün ist von Granit, von Dolomikalk und von Phyllit eingeschlossen. Der Granit selbst zeigt oft tiefgehende Verwitterung, er ist mürbe, brüchelig geworden, teilweise in Kaolin (Porzellanerde) und stellenweise in Speckstein übergegangen. Dielem Umwandlungsprozeß unterliegen auch die Einschlußminerale, nur der Uranglimmer und der Graphit widerstehen der Umwandlung, weshalb im Göpfersgrüner Speckstein als bemerkenswerte Seltenheit sowohl die grünlich-gelben Blättchen des Uranglimmers als auch Graphitinschlüsse zu finden sind. Alle übrigen Einschlüsse, so j. B. Quarz, Kalkspat, Bitterspat, Tremolit sind in Speckstein umgewandelt. Man erkennt in der Entstehung des Specksteins die wichtige Rolle des benachbarten Granits; wie Dr. Laubmann (Königliche Mineralien, Gesteine und Erden Bayerns, Berlin, G. Oldenbourg u. Ploß u. Löhle, München 1924) ausführt, sind es die aus der Zerlegung des granitischen Feldspates hervorgegangenen kiesel-säurehaltigen Wasser, welche langsam die Umwandlung des Dolomits und des Kalkes mit samt ihren Drüsen-Mineralen in Speckstein und die Neubildung von Quarz und Chalcedon bewirken. Da auch der Granit selbst und der anliegende Phyllit samt Porphyr und Schiefer durch diesen energischen Kalkbildungsprozeß in Speckstein umgewandelt wurden, so darf man annehmen, daß es heiße magnesiareiche Thermen sind, die in der Kontaktzone des Granits als post-vulkanische Prozesse ihre Wirkung äußerten.

Der Speckstein wurde in Göpfersgrün schon in alter Zeit im Raubbau abgegraben, seit fünfzig Jahren gewinnt man ihn bergmännisch in 10 bis 50 Meter tiefen Gruben. Die Mächtigkeit des Specksteinlagers von Göpfersgrün ist konkurrenzlos, und die Größe der Specksteinplatten und die Möglichkeit der praktischen Verarbeitung haben im Fichtelgebirge eine Monopol-Industrie entstehen lassen. Der chinesische Speckstein, der von den im Handel befindlichen Wildschmiedereien (kleine Andäner usw.) bekannt ist, erweist sich oft nur als ein dichter Pyrophyllit. Im Fichtelgebirge fand der Speckstein schon im Mittelalter Verwendung zu Büchsenkugeln, die nach dem Formen gebrannt wurden und, in diesen Wagen nach Nürnberg und von da durch ganz Deutschland verhandelt wurden. Auch nach Regensburg und donaufwärts ist der Export im 18. Jahrhundert nachzuweisen. Die Funde am Pfeiffersberg bei Wunsiedel und von Rengersgrün bei Göpfersgrün bestätigen, schätzte man den Speckstein bereits in prähistorischer Zeit. In den 50er Jahren waren die Speckstein-gruben in den Händen des Staates, der sie aber, da man mit dem jetzt hochgeschätzten Material nichts anzufangen wußte, im Jahre 1857 an eine Nürnberger Firma verkaufte; heute sind die ergiebigen Specksteinfelder im Besitz einer Aktien-Gesellschaft. Man prägt aus dem Speckstein das wertvolle Werkmaterial, das als Specksteinbrenner für Gas- und Acetylenlampen in der ganzen Welt anzutreffen ist. Auch die pulverförmigen Abfälle verwertet man durch keramische Zuschläge zu Melolith und Pressolith, woraus man Isolatoren, Sockel und Platten für Gas- und Umschalter, Sterne und Rädchen für Zünder von Explosionsmotoren und Hochspannungs-Isolatoren herzustellen verfeht. Im übrigen findet Speckstein Verwendung als Federweiß, Pulver, Schneiderkreide, Füllmaterial in der Papier- und Seifenindustrie, zur Herstellung von Briefbeschwerern, Schreibmaschinen, etc. Abgewaschen usw. Dem Speckstein ähnlich ist der Topfstein, ein Gemenge von Talk und Chlorit, gleich dem Speckstein zu verarbeiten und durch Brennen hart werdend, daher ebenfalls zur Herstellung von Gasbrennern geeignet. Der Techniker Rich. Sch. in Wunsiedel versuchte zuerst 1868 diese Verarbeitung des Topfsteins, die heute fabrikmäßig durchgeführt ist.

K. in der „Frankfurter Zeitung“ Nr. 50 — 1926.

Frauenfragen.

Statistisches aus einer amtlichen Denkschrift.

Das Reichsinnenministerium hat dem Reichstage eine Denkschrift überreicht, der wir folgendes entnehmen:

Die Zahl der in den deutschen Großstädten gemeldeten Lebendgeborenen betrug auf je 1000 der Bevölkerung im Jahre 1921 = 20,1 im Jahre 1923 = 15,0 im Jahre 1924 = 15,3

Die Zahl der Fehlgeburten nimmt von Jahr zu Jahr zu. Die meisten dieser Fehl- und Frühgeburten sind ohne Zweifel auf Abtreibung, ein Teil wohl auch auf zu schwere Arbeit der Frauen in den letzten Schwangerschaftsmonaten — besonders in der Textil-Industrie — zurückzuführen.

In der Sterblichkeit der Säuglinge ist ein erfreulicher Rückgang festzustellen. Insbesondere zeigt sich, daß in den deutschen Großstädten im Jahre 1924 die Säuglingssterblichkeit erheblich niedriger gewesen ist als während der Jahre 1919 bis 1923 im gesamten Reichsgebiet. Die Abnahme der Kleinkindersterblichkeit war in den Großstädten relativ am größten; sie steht in engem Zusammenhang mit dem Geburtenrückgang überhaupt. Die Abnahme der Säuglingssterblichkeit beruht zum großen Teil auf der zunehmenden Ernährung der Säuglinge an der Mutterbrust. Die Zunahme dieser natürlichen Ernährung ist, abgesehen von der Aufklärung durch die Fürsorgestellen und der Wirkung des einen starken Anreizes zur

Stillfähigkeit bildenden Stillgebotes, nicht zuletzt auch auf die für viele Mütter zu hohen Preise für Kuhmilch zurückzuführen. Beachtenswert ist die starke Zunahme der Erkrankungen an Kindbettfieber. In den Städten von mehr als 15 000 Einwohnern sind an Kindbettfieber gestorben:

im Jahre 1921: 2288 Personen = 3,8 auf tausend Lebendgeborene,
im Jahre 1924: 2201 Personen = 4,6 auf tausend Lebendgeborene.

Die Zunahme des Kindbettfiebers ist, wie aus sicheren Beobachtungen geschlossen werden kann, fast ausnahmslos auf die immer mehr sich ausbreitende Anwendung abtreiberischer Eingriffe zurückzuführen.

Der Bericht über den Ernährungs- und Gesundheitszustand der Kleinkinder, Schulkinder und Jugendlichen stützt sich zum großen Teil auf die Berichte der Landesregierungen. Fast ausnahmslos wird das letzte Vierteljahr 1923 und das erste Vierteljahr 1924 als die schlimmste Zeit angesehen, die die deutschen Kinder seit dem Kriegsende durchzumachen hatten. Wenn nun der Bericht konstatiert, daß der Tiefstand in der Ernährung des deutschen Volkes, der sich 1923 besorgniserregend in der Entwicklung und dem Gesundheitszustand der Kinder zu erkennen gegeben, erfreulicherweise 1924 nicht weiter unterbrochen wurde, so geben die jetzigen Zeiten der steigenden Arbeitslosigkeit und der Wirtschaftskrise zu den größten Befürchtungen Anlaß. Schon jetzt zeigt sich überall deutlich ein Niedergang im Gesundheitszustand der Kleinkinder und der Schulkinder. Untersuchungen, die sich auf einen größeren Kreis erstrecken haben, ergeben einen deutlichen Unterschied zwischen Kindern von Arbeitlosen, Karzarbeitern und Beschäftigten. Zusammenfassend erklärt die Denkschrift, daß das Jahr 1924 gegenüber der durch die Inflation verursachten neuerlichen Verschlechterung im Jahre 1923 entschieden eine allgemeine Besserung gebracht hat.

Es ist leider sehr zu befürchten, daß die kleine Besserung des Jahres 1924 gegenüber 1923 wieder zunichte gemacht werden wird durch die überaus frugalen wirtschaftlichen Verhältnisse des Jahres 1925, insbesondere die steigende Arbeitslosigkeit auf Grund der Wirtschaftskrise. Es ist daher Pflicht aller Behörden, der Reichsregierung, der Länder und der Kommunen, in verstärktem Maße dem drohenden Niedergang unserer Volksgesundheit Einhalt zu gebieten.

Die Maßnahmen sind eine soziale Erscheinung und, soweit Frauen aus der Arbeiterklasse in Frage kommen, vorwiegend die Folge der wirtschaftlichen Verhältnisse, unter denen die Arbeiterschaft lebt. Deshalb werden auch die §§ 218 und 219 des StGB. als höchstes Unrecht empfunden. Auch hier rief die alte Welt mit der neuen.

Arbeiterhaus und Arbeiterversicherung.

Der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung.

Der Verwaltungsrat des Reichsamts für Arbeitsvermittlung ist auf Grund der von der Reichsregierung über den Beitragsbeitrag in der Arbeitslosenversicherung ermittelten, unter bestimmten Voraussetzungen die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung für das gesamte Reichsgebiet einheitlich zu bemessen.

Der Verwaltungsrat hat bei der von dem Verwaltungsrat gebildete Ausschuss für Arbeitslosenversicherung in seiner Sitzung vom 23. Januar 1926 Bescheid gemacht und den einheitlichen Beitrag mit Wirkung vom 1. Februar bis auf weiteres auf 3 Prozent des Grundlohns festgesetzt.

Hiernach ist 1 Prozent des Grundlohns als Reichsanteil an die vom Reichsamt für Arbeitsvermittlung gebildete Reichsausgleichskasse abzuführen. Der Rest verbleibt den örtlichen oder bezirklichen Stellen, soweit er dort gebrauchbar wird. Der Reichsrat hat diesen Bescheidungen zugestimmt.

Deutsch-polnisches Wanderarbeiter-Abkommen.

Durch den Rotenstanz vom 19. Januar zwischen dem deutschen und dem polnischen Bevollmächtigten wurde am 12. Januar in Berlin unterzeichnete Protokoll, das die Frage der polnischen Wanderarbeiter für das Jahr 1926 provisorisch regelt, bekräftigt. Die Vereinbarung wurde nach langwierigen, fast ein Jahr dauernden Verhandlungen abgeschlossen. Das Protokoll regelt den Grenzübertritt hin und zurück in der Weise, daß die polnische Regierung sich verpflichtet hat, den Wanderarbeitern vor der Einreise in Deutschland monatlich auf ein Jahr laufende Pässe auszustellen, die von einem deutschen Eichvermerk befreit sind. Von deutscher Seite wurde die Zusage gegeben, daß die polnischen Wanderarbeiter in ihren Lohn- und Arbeitsbedingungen den gleichartigen deutschen Arbeitern gleichgestellt werden sollen. Weitere Verhandlungen über ein endgültiges Abkommen sollen im Frühjahr stattfinden.

Eine merkwürdige Krankenkasse.

Als Arbeitsbeschäftigten wird uns berichtet, daß die Kranen- und Steuerkasse für das Deutsche Reich in Berlin-Lichterfelde beschließt für ihre Beitragnehmenden in Zahlung nimmt. Die Kasse berechnet dafür die Kleinigkeit von 3 Prozent Diskontoprozent im Monat, gleich 36 Prozent im Jahr. Das Verhalten der Kasse hat in Arbeitsbeschäftigten begründete Enttäuschung angeregt. Im Interesse des Ansehens der deutschen Krankenkassenorganisation hat hier festgestellt, daß diese „Kranen- und Steuerkasse“ mit den gesetzlichen Krankenkassen nichts zu tun hat. Es handelt sich vielmehr um eine sogenannte „Einkaufskasse“, die auf rein geschäftlicher Grundlage steht, auch den gesetzlichen Bestimmungen der RVO. nicht unterstellt ist. Die Kasse ist hier nicht als Krankenkasse, sondern als eine gewöhnliche Kaufmannskasse zu betrachten, besonders auch im April 1925, wo eine Sondervereinbarung mit der Kasse über die Höhe der Beiträge, die ein Beitragnehmender zu zahlen hat, abgeschlossen wurde. Die Kasse gegenüber zu empfangen.

Wirtschaftliches.

Die Lärker.

Es ist einmal fragbar, das andere Mal nicht. Es kommt auf die Form an, in der sich der Kampf vollzieht. Wo der Kampf Prinzip einer Gesellschaft geworden ist, d. h. a. z. B. der bestehenden Produktionsverhältnisse sich ergibt, wenn er Rechtsformen an wie der Nord auch.

Im Berliner Tagesblatt Nr. 31 vom 21. Januar 1926 schreibt Dr. Elisabeth Lüders in einem Artikel „Was soll das“ über andere:

Das für die Kohlenlieferungen nach Süddeutschland durch den von der Reichsregierung erhaltene Rheinisch-Westfälische Kohlenkontrakt, die der Reichskohlenkommission auch noch unzulässig anerkannt hat. Dieses Kohlen-

kontor verpflichtet seine Abnehmer, und durch diese auch deren Wiederverkäufer, zur unbedingten Innehaltung der von ihm festgesetzten Preise und bedroht jeden Erstabnehmer für jeden billigeren Verkauf durch ihn selber durch seine Nachmänner mit einer Preiserhöhung von einer Mark pro Tonne. Es bedroht ferner jeden Abnehmer, der ohne Genehmigung des Kohlenkontors noch bei einem Abnehmer einkauft, für sämtliche bestehenden Lieferungsverträge für die ganze Vertragszeit mit einer Preiserhöhung von zehn Mark pro Tonne!

Eine Handelskammer gegen Lohndruck.

Die Essener Handelskammer ist in ihrer ersten Vollversammlung gegen Lohndruck und für Mehrarbeit eingetreten. Zu den grundsätzlichen Voraussetzungen wirklicher Wirtschaftsgesundung seien vor allem zu zählen: fiskalische Entlastung, Verbilligung der Produktion durch ihre Rationalisierung, Steigerung der Arbeitsintensität, jedoch nicht die Herabsetzung des Lebensstandards der arbeitenden Massen, weil diese unmittelbar die Arbeitsintensität beeinflussen müsse, worunter die notwendige Erportfähigkeit leiden würde. In ähnlichem Sinne hat Professor Bonn an dem letzten Vortragsabend der Amerikanischen Handelskammer Berlin betont, daß die Krise durch Hebung des Volkseinkommens und Senkung der Preise behoben werden könne, was Verbilligung der Produktion zur Voraussetzung habe.

Berichte aus den Zahlstellen.

Wichtig. Nach der letzten Lohnbewegung der Sektion VII der chemischen Industrie glauben die Syndikalisten, Unionisten und sonstige Arbeitervertreter in Wiesbaden und Biebrich ihre Zeit für gekommen, um gegen die Gewerkschaften und insbesondere gegen den Fabrikarbeiterverband vorzugehen zu können. Dreimal wurden Flugblätter verteilt, in denen die Arbeiterschaft aufgefordert wurde, aus den reformistischen Gewerkschaften auszutreten und ihr Heil und ihr Lebensglück bei diesen Pfaffenbrüdern durch die aktive Tat, den Generalstreik, zu suchen. Auch in den chemischen Betrieben wurde Agitation getrieben, so u. a. bei den Chemischen Werken vorm. S. u. E. Alvert, Biebrich-Amöneburg. Als dem Arbeitererrat der betreffenden Firma dieses bekannt wurde, warnte er die Belegschaft in einer Betriebsversammlung, denn die Puffe sind noch in guter Erinnerung, was die anwendenden Syndikalisten Kobler und Leisegang bedenkenlich aus ihrer Ruhe brachte. Kollege Behr als Vorsitzender des Betriebsrats warnte die Agitatoren mit dem Bemerkung, daß der Arbeiterrat diesem Treiben nicht tatenlos zusehen und die Gewerkschaften von der Agitation benachrichtigen würde, um nicht die Schuld auf sich zu laden, die organisierte Belegschaft wieder in einen Puff zu treiben zu lassen. Die Direktion genannter Firma hatte schon vor der Betriebsversammlung durch ihre Meister Nachforschungen über die syndikalistische Agitation anstellen lassen. Am 14. Dezember 1925 wurde dem Arbeitererrat von der Direktion mitgeteilt, daß die Arbeiter Kobler und Leisegang jedenfalls entlassen würden, doch würde die endgültige Entscheidung darüber der Lehnischen Konferenz am 15. Dezember 1925, vormittags 10 Uhr, vorbehalten bleiben. Durch ein Mißverständnis des Leiters der Sozialabteilung wurde die Kündigung schon am 14. Dezember 1925 nach Feierabend auf den 15. Dezember 1925, nachmittags 5 Uhr, ausgesprochen. Dem Arbeitererrat wurde dieses am 15. Dezember 1925, vormittags 7 1/2 Uhr, durch Kobler und Leisegang unter Befreiung des Grundes der Kündigung mitgeteilt. Da dem Arbeitererrat jedoch selbst noch nicht die Gründe angegeben waren, da ja auch die Kündigung dem Arbeitererrat von der Direktion noch nicht offiziell und endgültig ausgesprochen war, erwiderte Kollege Behr darauf, er vermute, der Grund sei die Agitation für die Syndikalisten. Am 15. Dezember 1925, vormittags 9 1/2 Uhr, verfuhrte der Arbeitererrat, vor Beginn der Lehnischen Konferenz die Direktion zu veranlassen, die Kündigung zurückzunehmen, was aber nach längerer Verhandlung abgelehnt wurde. (Kündigungsgrund: Arbeitsmangel.) Am 16. Dezember 1925 fragte Leisegang den Kollegen Behr, ob sie denn keinen Schutz hätten, worauf ihm von Behr eine genaue Erklärung der Kündigungsgrundbestimmungen des RVO. gegeben wurde. Am 21. Dezember 1925 liefen denn auch die Einsprüche von Kobler und Leisegang gegen die Kündigung beim Arbeitererrat ein. Am 22. Dezember 1925 kam dann das erwartete Flugblatt, worin einigen Mitgliedern des Arbeitererrats und der Vertrauensleute, die zum Teil Mitglieder der SPD. und KPD. sind, der Vorwurf gemacht wurde, daß sie die Entlassungen beantragt hätten. Außerdem wurden einige übliche Reizenamen und Beleidigungen gegen den Arbeitererrat ausgesprochen und als Heilmittel die syndikalistische Bewegung empfohlen. Dem Uneingeweihten fällt es schwer, aus diesem Flugblatt einen klaren Gedanken herauszufinden. Leute, die ihren Namen insinieren noch nicht schreiben können, greifen hier in Wort und Schrift unsere Altmeister Karl Marx und Friedrich Engels in der unsäglichsten Art und Weise an und suchen so bei Leisegangigen Effekt zu haben. Die Einsprüche gegen die Kündigungen wurden in einer Arbeiterratsversammlung ordnungsgemäß behandelt und einstimmig abgelehnt. In einer Betriebsversammlung wurde der gesamte Vorgang der Belegschaft mitgeteilt, die das Verhalten von Kobler und Leisegang aufs schärfste mißbilligte und dem Arbeitererrat sowie den Vertrauensleuten trotz des Flugblattes einstimmig ihr Vertrauen ausgesprochen und dem Arbeitererrat freie Wahl der Mittel überließ, um den Sachverhalt vor der Öffentlichkeit klarzustellen. Am 24. Dezember 1925 verfuhrte trotzdem der Arbeitererrat mit Aussicht auf Erfolg die Wiedereinstellung Koblers, da seine beiden Söhne bei einem Eisenbahnunfall verunglückten, was die Familie schwer schädigte. In der Unterredung, die der Arbeitererrat jedoch von Kobler im Betriebsratsbüro forderte, ist Kobler nicht erschienen, so daß er es selbst zugestehen hat, wenn er heute auf die Arbeitslosenversicherung angewiesen ist. — Am 28. Dezember 1925 schrieb der Arbeitererrat dem Leisegang, daß ersterer von einem gerichtlichen Strafverfahren abgehen würde, wenn Leisegang die in dem Flugblatt ausgesprochenen Beleidigungen mit dem Ausdruck des Bedauerns als un wahr, und zwar durch Publikation in der „Wiesbadener Volksstimme“ und der „Mannheimer Arbeiterzeitung“, zurückzunehmen würde. Auf dieses Schreiben erhielt der Arbeitererrat keine Antwort, und so wurde Strafankündigung beim Staatsanwalt in Wiesbaden anhängig gemacht, wo bereits am 23. Januar 1926 ein erfolgloser Concursus stattgefunden hat. — Es ist dem Arbeitererrat und den Vertrauensleuten weniger um eine Befreiung Leisengangs zu tun, als vielmehr die Öffentlichkeit aufzuklären über das ligurische und gefährliche Treiben dieser Mannheiser.

Freiwalden. Bei der Jägerlei Sturm war es im Herbst schon immer üblich, die Lärker zu jagen. Jetzt vermischt der junge Nachfolger mit schon lange erlerter Geschicklichkeit stehenden Lärker den notwendigen Handhabens seinen Kommandobereich rennbar zu gestalten. Als Anfang September das zehnjährige Weibchen der Jäger durch eine helle Feier begangen wurde und außer dem schönen Laub, das bisher hat aus Gott (wenig) gemacht, auch eine Anrede des jetzigen Leiters, um die seinem Vater bewiesene Arbeitsleistung und das Vertrauen entgegenzubringen, die Herzen höher schlugen. Das hat so mancher Paratrettschwer die Hoffnung in seine Brust einzujagen lassen, daß uns Ost und West weiter helfen wird. Und man würde an langjährige Arbeiter der Jäger Gedächtnis je nach Dauer ihrer Beschäftigung, Diplome und Medaillen für treue Dienste überreichen, außerdem Mitteilung von der Stiftung eines Fonds in Höhe von 2000 Mk. gemacht, dessen Zinsen zur Unter-

haltung von Arbeiterinnen und Frauen von Arbeitern der Firma bei Entbindungen Verwendung finden sollen. Das war alles sehr schön und war im September. Aber jetzt kommt der Pferdeschuh in Betracht eines 10prozentigen Lohnabzuges nach. Und dann die Erklärung gegenüber dem Betriebsrat: 1. Punkt bin ich ganz allein (wie beschonigt), 2. Punkt seid ihr (der Betriebsrat) und der dritte Punkt die Organisation, liegt für mich in weiter Ferne und kommt gar nicht in Frage. Für uns ist Punkt 3 der Hauptpunkt, an dem sich schon Herr Siebert Sturm die Zähne stumpf gebissen hat. Alles, was in unserer Macht liegt, werden wir tun, um die von ihm so genannte Organisation zu einem Bollwerk der Arbeiter auszubauen, dabei erkennen wir dankend die uns von Herrn Sturm zuteil gewordene ungewollte Unterstützung an, denn wenn ein Arbeiter, der nach uns vorliegenden Lohnbestimmungen mit 7,50 Mk. pro Woche nach Hause geht und so unbeschäftigt ist, auch noch essen zu wollen, von schönen Worten nicht satt wird, merkt er von selbst, wo sein Platz ist. Und nun für den Herrn Sturm zum Schluß noch einen guten Rat, ganz unentgeltlich: Wie wäre es, wenn Sie die Konsequenzen der Berechnungen aus den den Arbeitern so fürsorglich in die Lohnbeutel gesteckten Löhnebestimmungen auf sich anwenden und Ihr kostbares Dasein mit Hilfe von Kartoffeln, Weichkäse und Palmöl für 35 Pf. täglich dem Unternehmen so lange wie möglich erhalten? Lassen Sie dem Arbeiter seinen „unküßlichen“ Spießgabel, der ihm, nach den Schmeibüchlein zu urteilen, sehr gut bekommt, ihm dafür allerdings das frühzeitige Ende eines Schlemmers garantieren. Er wird aus lauter Dankbarkeit und nicht zuletzt in Erwartung der enormen Entbindungsbeihilfen sehr gern für entsprechende und willigen Nachwachs sorgen.

Verbandsnachrichten.

Ausgeschlossen.

wurden auf Grund des § 14 Abs. 3 des Statuts (Streikbruch anlässlich des Chemiestreiks) die nachfolgend genannten Mitglieder der Zahlstelle München: Karl Bachner, Buch Nr. 684 100, eingetreten am 10. 4. 1919; Rupert Buchner, Buch Nr. 895 237, eingetreten am 8. 4. 1919; Franz Hirner, Buch Nr. 158 489, eingetreten am 1. 12. 1919; Joseph Groll, Buch Nr. 948 404, eingetreten am 27. 3. 1919; Xaver Hoffmann, Karte Nr. 315 939, eingetreten am 25. 2. 1925; Joseph Saumweder, Buch Nr. 654 877, eingetreten am 6. 11. 1922; Josephine Unterreiter, Karte Nr. 885 047, eingetreten am 19. 6. 1925. Desgleichen das Mitglied der Zahlstelle Königberg, Franz Pankratz, geb. 23. 9. 1892 zu Mönchen.

Die Abrechnung für das 4. Quartal haben eingelangt:

- Case 1: Celle, Goslar, Hannover, Lötbecke, Stadthaus, Wilschbode, Alfeld.
- Case 2: Bismark, Stendal.
- Case 3: Naumen, Perleberg, Rathenow, Rüdersdorf, Herxleben.
- Case 4: Demmin, Dömitz, Fürstentum, Grefenberg, Hagenow, Stavenhagen, Ueffin, Kolberg, Greifswald.
- Case 5: Wlogau, Habelschwerdt, Kollomowka, Maschau, Jegenbals.
- Case 6: Freital, Markranstätt, Dresden.
- Case 7: Jümmenau, Nordhausen, Oberelbrungen.
- Case 8: Jem, Landshut, Wandsen.
- Case 9: Eßlingen, Röhlingen, Offenbach, Engen, Waldhal.
- Case 10: Kaufbald, Ködorschhausen.
- Case 11: Fulda, Oberhof, Köhr, Kassel.
- Case 12: Neuwied.
- Case 13: Lüneburg.
- Case 14: Arnberg, Burgfelfensart, Lanckern, Münster, Oegen, Hagen, Spöhen.

Zahlstelle Königsberg i. Pr.

Die Stelle eines Geschäftsführers ist besetzt. Gedacht ist der Kollege Albert Drews (Köslin). Allen Bewerberinnen besten Dank. Die Ortsverwaltung.

Briefkasten.

Köln-Moskau. Auf dieses Gedächtnis des kommunistischen Organs für den Bezirk Mittelrhein wollen wir nicht eingehen. Daß der Schreiber „aus dem Arbeiterleben“ noch nicht Gewerkschaftsführer werden konnte, liegt an der Intelligenz unserer Mitglieder. Ungezogene Schwächer läßt man laufen.

Literarisches.

Wer lacht da nicht, wenn er Frau Neureich auf die Frage, wie ihr ein Streichquartett am Abend gefallen hätte, antworten hört: „Die haben ganz gut gespielt, aber es waren nur vier Mann!“ Und doch sollte uns diese Antwort zu denken geben: manche von uns laufen täglich an Dingen vorbei, lesen täglich von Sachen, über deren Sinn, Zweck oder Ursprung sie sich nicht klar sind! Wieviel jeder von uns, was eine Kommanditgesellschaft, ein Blankowechsel ist? Und doch hat man es uns heute so leicht gemacht, all dem Wissen und Wirken, das um uns ist, auf den Grund zu gehen. Der bekannte Leipziger Verlag F. A. Brockhaus hat uns mit einem neuen Werk beglückt, das kurz und bündig alles beantwortet, was jeder rasch bei seiner täglichen Arbeit, bei privater Beschäftigung, beim Studium, bei der Lektüre wissen möchte: Der Kleine Brockhaus, Handbuch des Wissens in einem Band, ist für alle die bestimmt, die nicht in der Lage sind, seinen größeren Bruder, den Neuen Brockhaus in vier Bänden, anzuschaffen. Denn der Preis des einbändigen Werkes ist so gehalten, daß sein Besitz einem jeden möglich ist. Für 23 Mark kann man den Kleinen Brockhaus im vornehmen Halbbandband erwerben. Außerdem gibt es aber einen noch billigeren Weg, in Besitz dieses Werkes zu gelangen: Man zahlt wöchentlich 2 Mark und 10 Pfennig, und man erhält dafür ein Heftchen des ganzen Werkes, das in zehn Heften bezogen werden kann. Der Kleine Brockhaus ist das Haus- und Nachschlagewerk für jedermann, das — in einem einzigen Alphabet geordnet — Fremdwörterbuch, Orts-Lexikon, Aushaus über berühmte Persönlichkeiten, Ratgeber in allen Wissensgebieten ist, das die Vergangenheit ebenso berücksichtigt wie die neuesten Geschehnisse — die Ereignisse von 1925 sind bereits in ihm behandelt — mit einem Wort: In seiner Güte und Billigkeit, in seiner Vielfältigkeit und Unparteilichkeit steht der Kleine Brockhaus auf dem Gebiete der Handlexika einzig da!

„Die Arbeit“. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber Theodor Leipart. 3. Jahrgang, Heft I, Januar 1926. Berlin, Verlags-Gesellschaft des DVOB. Preis 1 Mk. In dem ersten Heft des neuen Jahrgangs schreibt der Herausgeber der „Arbeit“ Theodor Leipart zum Gedächtnis Karl Legiens einen Artikel. Dr. Bruno Böker untersucht in einer sorgfältigen Analyse die Bedeutung des gewerkschaftlichen Gedankens unter den geistigen Arbeitern. Über Vermehrung oder Verminderung der Produktion schreibt Dr. Otto Lipmann. Franz Spließ behandelt eingehend die Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit. Dann folgt ein Aufsatz von Friedrich Osk. Wo steht die deutsche Rationalisierung? Den Schlag bildet ein Artikel von Dr. Friß Waade „Zukunftsaufgaben sozialistischer Wirtschaftspolitik“.

Die illustrierte Reichsanmer-Zeitung erscheint wöchentlich zum Preise von 20 Pf. pro Nummer und ist durch alle Gruppen des Reichsbanners, durch jede Postanstalt und Buchhandlung zu beziehen.

Wochen links kostet pro Nummer 20 Pf. und ist durch jede Postanstalt, Buchhandlung oder direkt vom Verlag J. S. W. Dieß (Berlin SW 68) zu beziehen.